**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zwischen der Stadt Leutkirch im Allgäu
und den Gemeinden Aichstetten und Aitrach
über die Erfüllung der Aufgaben
eines Gemeindeverwaltungsverbands
(vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft)**

vom 7. August 1978

➤ Abschluss Neuvereinbarung	am 7. August 1978;
➤ Inkrafttreten der Neuvereinbarung	am 1. Oktober 1978;
➤ Abschluss 1. Änderung	am 15. November 1982;
➤ Inkrafttreten der 1. Änderung	am 19. Februar 1983;
➤ Abschluss 2. Änderung	am 25. Juni 2015;
➤ Inkrafttreten der 2. Änderung	am 4. Juli 2015.

Die Stadt Leutkirch im Allgäu sowie die Gemeinden Aichstetten und Aitrach schließen aufgrund von § 60 Absatz 1 GemO in Verbindung mit § 25 GKZ folgende

V e r e i n b a r u n g

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die Stadt Leutkirch im Allgäu erfüllt für die Gemeinden Aichstetten und Aitrach (im folgenden: Nachbargemeinden) die Aufgaben eines Gemeindeverwaltungsverbandes (vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft).
- (2) Die Stadt Leutkirch im Allgäu berät die Nachbargemeinden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Bei Angelegenheiten, die andere an der Verwaltungsgemeinschaft beteiligte Gemeinden berühren und eine gemeinsame Abstimmung erfordern, haben sich die Gemeinden der Beratung durch die Stadt Leutkirch im Allgäu zu bedienen.
- (3) Die Stadt Leutkirch im Allgäu erledigt für die Nachbargemeinden in deren Namen die folgenden Angelegenheiten und Geschäfte der Gemeindeverwaltung nach den Beschlüssen und Anordnungen der Gemeindeorgane (Erledigungsaufgaben):
 - a. die technischen Angelegenheiten bei der verbindlichen Bauleitplanung und der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz,
 - b. die Planung, Bauleitung und örtliche Bauaufsicht bei den Vorhaben des Hoch- und Tiefbaus,
 - c. die Unterhaltung und den Ausbau der Gewässer zweiter Ordnung.
- (4) Die Stadt Leutkirch im Allgäu erfüllt anstelle der Nachbargemeinden in eigener Zuständigkeit die folgenden Aufgaben (Erfüllungsaufgaben):
 - a. die vorbereitende Bauleitplanung,
 - b. die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast für die Gemeindeverbindungsstraßen. Die Nachbargemeinden haben die Stadt Leutkirch im Allgäu bei der Verkehrssicherungspflicht dadurch zu unterstützen, dass sie ihr Mängel berichten.

- (5) Die Stadt Leutkirch im Allgäu nimmt ferner die der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft sonst noch durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes übertragenen Aufgaben wahr.
- (6) Die Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu nimmt für die Gemeinden Aichstetten und Aitrach die Aufgaben der Unteren Verwaltungsbehörde wahr.

§ 2 Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen

Sofern die Stadt Leutkirch im Allgäu nach § 61 Absatz 7 in Verbindung mit Absatz 6 Satz 1 GemO in die Rechtsstellung von Nachbargemeinden bei Zweckverbänden, Planungsverbänden nach dem Bundesbaugesetz oder öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen eintritt, gilt folgendes:

1. Sind in die Verbandsversammlung eines Zweckverbands oder Planungsverbands mehrere Vertreter der Stadt Leutkirch im Allgäu zu entsenden, so können die Nachbargemeinden, in deren Rechtsstellung die Stadt Leutkirch im Allgäu eingetreten ist, Vorschläge für die Wahl der weiteren Vertreter machen.
2. In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorgesehene Mitwirkungsrechte werden von der Stadt Leutkirch im Allgäu im Benehmen mit den Nachbargemeinden wahrgenommen, in deren Rechtsstellung sie eingetreten ist.

§ 3 Gemeinsamer Ausschuss

- (1) Es wird ein gemeinsamer Ausschuss aus Vertretern der an der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft beteiligten Gemeinden gebildet. Der gemeinsame Ausschuss entscheidet anstelle des Gemeinderats der Stadt Leutkirch im Allgäu über die von dieser nach § 1 Absatz 4 wahrzunehmenden Erfüllungsaufgaben, soweit nicht der Oberbürgermeister der Stadt kraft Gesetzes zuständig ist oder ihm der gemeinsame Ausschuss bestimmte Angelegenheiten überträgt.
- (2) Der gemeinsame Ausschuss besteht aus den (Ober)Bürgermeistern der an der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft beteiligten Gemeinden und 7 weiteren Vertretern, von denen 5 auf die Stadt Leutkirch im Allgäu und je einer auf die Gemeinden Aichstetten und Aitrach entfallen. Die weiteren Vertreter einer jeden Gemeinde werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte von dem neu gebildeten Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt. Scheidet ein weiterer Vertreter vorzeitig aus dem Gemeinderat oder dem gemeinsamen Ausschuss aus, wird für den Rest der Amtszeit ein neuer weiterer Vertreter gewählt.
- (3) Für jeden weiteren Vertreter nach Absatz 2 ist ein Stellvertreter zu bestellen, der diesen im Verhinderungsfall vertritt.
- (4) Jede Gemeinde hat so viele Stimmen wie Vertreter im gemeinsamen Ausschuss. Die Stimmen jeder beteiligten Gemeinde können nur einheitlich abgegeben werden. Die Stimmabgabe wird vom (Ober)Bürgermeister als Stimmführer vorgenommen; im Falle der Verhinderung gilt § 13 Absatz 4 Satz 1 GKZ entsprechend.

§ 4 Geschäftsgang des gemeinsamen Ausschusses

- (1) Für den Geschäftsgang des gemeinsamen Ausschusses gelten § 15 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und ergänzend die Bestimmungen über den Geschäftsgang des Gemeinderats entsprechend, soweit in dieser Vereinbarung nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Der gemeinsame Ausschuss ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert.
- (3) Der gemeinsame Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und mindestens die Hälfte der an der Verwaltungsgemeinschaft beteiligten Gemeinden vertreten ist und wenn die Sitzung ordnungsgemäß geleitet wird.

- (4) Die Niederschrift über die Verhandlungen des gemeinsamen Ausschusses ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Sie ist den Mitgliedern des gemeinsamen Ausschusses innerhalb von zwei Monaten zur Kenntnis zu bringen.

§ 5 Einspruchsrecht

Gegen Beschlüsse des gemeinsamen Ausschusses kann eine an der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft beteiligte Gemeinde binnen zwei Wochen nach der Beschlussfassung Einspruch einlegen, wenn der Beschluss für sie von besonderer Wichtigkeit oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung ist. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Auf einen Einspruch hat der gemeinsame Ausschuss erneut zu beschließen. Der Einspruch ist zurückgewiesen, wenn der neue Beschluss mit einer Mehrheit von 2/3 der Stimmen der vertretenen Gemeinden, mindestens jedoch mit der Mehrheit aller Stimmen, gefasst wird.

§ 6 Finanzierung

- (1) Die Nachbargemeinden erstatten der Stadt Leutkirch im Allgäu den nicht anderweitig gedeckten Aufwand für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 1 nach dem für die einzelne Gemeinde tatsächlich entstandenen Aufwand, wobei Rechnungen, welche direkt auf die Nachbargemeinden aufgeteilt werden können, von diesen direkt zu begleichen sind. Die sich aus der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft für die erfüllende Gemeinde ergebenden Personalmehrkosten werden von allen beteiligten Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl nach § 143 Gemeindeordnung getragen; entsprechendes gilt für die Kosten des Gemeinsamen Ausschusses. Die Nachbargemeinden erstatten der Stadt Leutkirch im Allgäu 2,5 % Verwaltungskosten aus der jährlichen Abrechnungssumme.
- (2) Bis zur Abrechnung des entstandenen Aufwands haben die Nachbargemeinden auf der Grundlage der Vorjahresschuld Vorauszahlungen zu leisten. Diese sind mit je einem Viertel in der Mitte des Vierteljahres fällig. Der gemeinsame Ausschuss kann diese Vorauszahlungen in besonders gelagerten Fällen herauf- oder herabsetzen.

§ 7 Inkrafttreten

...